



GEWINNERMITTLUNG
gemäß § 4 Abs. 3 EStG

für die Zeit vom

13. April 2021 - 31. Dezember 2021

von Firma

Netzwerk der Spargel- und Beerenverbände e. V.
Dachorganisation v. Verbänden Spargel-u.Beerenobst
Ropenstall 83 a

51377 Leverkusen

Finanzamt:
Steuer-Nr.:

Leverkusen
230/5760/1919

NIEDERLASSUNG
BAYERN

Kösliner Straße 42
D-90451 Nürnberg
Tel.: 0911/96373-0
Fax: 0911/96373-40

NIEDERLASSUNG
BERLIN/BRANDENBURG

Güterfelder Damm 69-71
D-14532 Stahnsdorf
Tel.: 03329/6379-0
Fax: 03329/6379-27



Inhaltsverzeichnis

Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 EStG vom 13.04.2021 bis 31.12.2021	2
Auftrag und Auftragsdurchführung	3
Rechtliche, steuerliche und wirtschaftliche Verhältnisse	4
Bescheinigung	6
Vollständigkeitserklärung	7
Erläuterungen zur Gewinnermittlung per 31. Dezember 2021	8
Anlagen	12
Steuerberechnungen	13
Entwicklung des Anlagevermögens	14
Zugangsliste Anlagevermögen	15
Allgemeine Auftragsbedingungen für Steuerberater in der Fassung vom Juli 2018	



GEWINNERMITTLUNG nach § 4 Abs. 3 EStG vom 13.04.2021 bis 31.12.2021

	EUR
A. IDEELLER BEREICH	
I. Nicht steuerbare Einnahmen	46.343,63
II. Nicht anzusetzende Ausgaben	-13.833,32
Gewinn/Verlust ideeller Bereich	<u>32.510,31</u>
B. SONSTIGE GESCHÄFTSBETRIEBE	
Sonstige Geschäftsbetriebe 1	2.416,37
Gewinn/Verlust Sonstige Geschäftsbetriebe 1	<u>2.416,37</u>
Gewinn/Verlust Sonstige Geschäftsbetriebe	<u>2.416,37</u>
C. VEREINSERGEBNIS	<u>34.926,68</u>



Auftrag und Auftragsdurchführung

Auftrag

Von Herrn Frank Saalfeld, dem Geschäftsführer des Vereins

Netzwerk der Spargel- und Beerenverbände e. V.

sind wir beauftragt worden, die steuerliche Gewinnermittlung für das Geschäftsjahr vom 13. April 2021 bis 31. Dezember 2021 aus den von uns geführten Aufzeichnungen und Belegen, unter Berücksichtigung der erteilten Auskünfte nach gesetzlichen Vorgaben zu erstellen.

Die Arbeiten wurden in der Zeit von Februar bis März 2022 in den Geschäftsräumen unserer Kanzlei durchgeführt.

Der Auftragsdurchführung liegen, auch im Verhältnis zu Dritten, die vereinbarten und diesem Bericht als Anlage beigefügten "Allgemeinen Auftragsbedingungen für Steuerberater" in der Fassung vom Juli 2018 zu Grunde.

Durchführung

Die Erstellung der steuerlichen Gewinnermittlung erfolgte unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften des Steuerrechts.

Die einzelnen Posten der steuerlichen Gewinnermittlung werden im Erläuterungsteil ausführlich dargestellt.

Buchführung

Die laufenden Geschäftsvorfälle wurden von unserer Kanzlei mit Hilfe des DATEV-Buchführungsprogramms Kanzlei-Rechnungswesen erstellt.
Das Rechnungswesen entspricht den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung.

Die Lohn- und Gehaltsbuchhaltung wird ebenfalls mit elektronischer Datenverarbeitung mit dem Programm DATEV LODAS durch uns geführt.

Die Entwicklung des Anlagevermögens wird mit Hilfe des Programms ANLAG der DATEV eG durch uns bearbeitet und in einem Anlagenspiegel dargestellt.



Rechtliche, steuerliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Rechtliche Verhältnisse

Firma:	Netzwerk der Spargel- und Beerenverbände e. V.
Rechtsform:	e.V.
Sitz:	Leverkusen
Anschrift:	Ropenstall 83 a 51377 Leverkusen
Gründung am:	13.04.2021
Satzung:	gültig in der Fassung vom 30.06.2021
Gegenstand des Unternehmens:	Dachorganisation von Verbänden der Spargel- und Beerenobst produzierenden Betriebe in Deutschland
Geschäftsjahr:	13. April bis 31. Dezember
Dauer des Unternehmens:	unbestimmt

Steuerliche Verhältnisse

Finanzamt:	Leverkusen
Steuernummer:	230/5760/1919
anhängige Verfahren:	keine

Der Verein ist als Berufsverband nach § 5 Abs. 1 Nr. 5 KStG von der Körperschaftsteuer und nach § 3 Nr. 10 GewStG von der Gewerbesteuer befreit.

Der wirtschaftliche Geschäftsbetrieb unterliegt der Regelbesteuerung gemäß den §§ 16 - 18 UStG. Die Umsatzsteuerberechnung ist als Anlage beigefügt.



Wirtschaftliche Verhältnisse

Die Firma hat keinen Grundbesitz.

Beschäftigte Personen:

zum Ende Wirtschaftsjahr 1

Bankverbindung:

VR Bank Berg. Gladbach Konto Nr.: 4022051011

Es bestehen keine Kontokorrentvereinbarungen

Wesentliche Verträge:

bestehen nicht



BESCHEINIGUNG

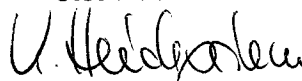
Vorstehendes Ergebnis für die Zeit vom 13. April 2021 bis 31. Dezember 2021 wurde von uns auf der Grundlage der von uns geführten Aufzeichnungen, der vorgelegten Unterlagen, sowie der erteilten Auskünfte von Herrn Saalfeld, Geschäftsführer des Netzwerk der Spargel- und Beerenverbände e. V. als Überschuss der Betriebseinnahmen über die Betriebsausgaben (§ 4 Abs. 3 EStG) unter Beachtung der steuerrechtlichen Vorschriften ermittelt.

Wir haben unseren Auftrag unter sinngemäßer Anwendung der Verlautbarung der Bundessteuerberaterkammer zu den Grundsätzen für die Erstellung von Jahresabschlüssen durchgeführt.

Dabei sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die gegen die Ordnungsmäßigkeit der Gewinnermittlung sprechen.

Stahnsdorf, 25. März 2022
He/St

Fürsattel & Collegen
Steuerberater

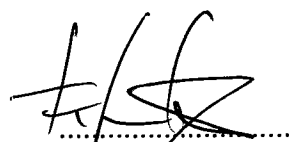

Kathrin Heidepriem



VOLLSTÄNDIGKEITSERKLÄRUNG

Herr Saalfeld, Geschäftsführer, versichert, dass alle zur Erstellung der Gewinnermittlung der Firma Netzwerk der Spargel- und Beerenverbände e. V. vom 13. April 2021 - 31. Dezember 2021 erforderlichen Unterlagen vollständig zur Verfügung gestellt wurden und die dazugehörigen Auskünfte nach bestem Wissen und Gewissen erteilt wurden.

Leverkusen, 25. März 2022


.....
Frank Saalfeld



ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINNERMITTLUNG PER 31. Dezember 2021

A. IDEELLER BEREICH

I. Nicht steuerbare Einnahmen

Mitgliedsbeiträge EUR 46.343,63

Echte Mitgliedsbeiträge bis 300 Euro

II. Nicht anzusetzende Ausgaben

1. Abschreibungen EUR 306,15

Abschreibungen auf Sachanlagen

2. Personalkosten EUR 8.554,95

31.12.2021
EUR

Löhne und Gehälter 7.006,50

Gesetzliche Sozialaufwendungen 1.548,45

8.554,95



3. Übrige Ausgaben **EUR 4.972,22**

31.12.2021
EUR

Bürobedarf	957,95
Sonstige Verwaltungskosten	518,36
Versicherungen, Beiträge	694,01
Sonstige Kosten	2.378,68
Nicht abzieh. VoSt (so betr Aufwand)	<u>423,22</u>
	<u>4.972,22</u>

**Gewinn/Verlust
ideeller Bereich** **EUR 32.510,31**



B. SONSTIGE GESCHÄFTSBETRIEBE

I. Sonstige Geschäftsbetriebe 1

1. Einnahmen aus Umsatzerlösen EUR 3.570,00

Erlöse 19 % USt

2. Ausgaben für Personal

Löhne und Gehälter EUR 778,50

Löhne und Gehälter

Soziale Abgaben EUR 172,05

Gesetzliche Sozialaufwendungen

3. Abschreibungen

Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen EUR 62,00

Abschreibungen auf Sachanlagen



4. Ausgaben für sonstige betriebliche Aufwendungen EUR 141,08

Abziehbare Vorsteuer

**Gewinn/Verlust
Sonstige Geschäftsbetriebe 1** EUR 2.416,37

**Gewinn/Verlust
Sonstige Geschäftsbetriebe** EUR 2.416,37

C. JAHRESERGEBNIS EUR 34.926,68



ANLAGEN



STEUERBERECHNUNGEN

Berechnung der Umsatzsteuer 2021

EUR

Steuerpflichtige Umsätze zu 19 %

Lieferungen und sonstige Leistungen 3.000,00 570,00

Umsatzsteuer 570,00

Abziehbare Vorsteuerbeträge

aus Rechnungen von anderen Unternehmern 141,08

Verbleibende Umsatzsteuer 428,92

Vorauszahlungssoll 2021 0,00

Umsatzsteuer-Nachzahlung 2021 428,92

Entwicklung des Anlagevermögens vom 13.04.2021 bis 31.12.2021

Netzwerk der Spargel- und Beerenverbände e. V.
Dachorganisation v. Verbänden Spargel-u.Beerenobst
Leverkusen

Konto	Bezeichnung	Entwicklung der	Stand zum 13.04.2021 EUR	Zugang Abgang- EUR	Umbuchung EUR	Abschreibung Zuschreibung- EUR	Stand zum 31.12.2021 EUR
27	EDV-Software, entgeltl. erworben	Ansch-/Herst-K Abschreibung Buchwerte	0,00	2.970,00 248,00 2.970,00		248,00	2.970,00 248,00 2.722,00
410	Geschäftsausstattung	Ansch-/Herst-K Abschreibung Buchwerte	0,00	3.573,15 120,15 3.573,15		120,15	3.573,15 120,15 3.453,00
Summe		Ansch-/Herst-K Abschreibung Buchwerte	0,00	6.543,15 368,15 6.543,15		368,15	6.543,15 368,15 6.175,00

Zugangsliste vom 13.04.2021 bis 31.12.2021

**Netzwerk der Spargel- und Beerenverbände e. V.
Dachorganisation v. Verbänden Spargel-u.Beerenobst
Leverkusen**

Konto	Bezeichnung	Zugang zu AHK EUR
27	EDV-Software, entgeltl. erworben	2.970,00
410	Geschäftsausstattung	3.573,15
Summe		<u>6.543,15</u>

Konto Inventar	Bezeichnung Inventarbezeichnung	AHK 13.04.2021 EUR	Zugang zu AHK EUR	Zugangs- datum	Buchungstext Eingabebetrag (Kurs)	ND JJ/MM
27 27002	EDV-Software, entgeltl. erworben Konzeption Layout Homepage		2.970,00	29.10.2021	schulzdialog GmbH, Konzeption Layout Ho- mepage Netto 0,00	03/00
Summe	EDV-Software, entgeltl. erworben		<u>2.970,00</u>			

Konto Inventar	Bezeichnung Inventarbezeichnung	AHK 13.04.2021 EUR	Zugang zu AHK EUR	Zugangs- datum	Buchungstext Eingabebetrag (Kurs)	ND JJ/MM
410 410001	Geschäftsausstattung Messestand		3.573,15	26.11.2021	schulzdialog GmbH, Messestand 0,00	05/00
Summe	Geschäftsausstattung		<u>3.573,15</u>			

Allgemeine Geschäftsbedingungen für Steuerberater, Steuerbevollmächtigte und Steuerberatungsgesellschaften

Stand: Juli 2018

Die folgenden „Allgemeinen Geschäftsbedingungen“ gelten für Verträge zwischen Steuerberatern, Steuerbevollmächtigten und Steuerberatungsgesellschaften (im Folgenden „Steuerberater“ genannt) und ihren Auftraggebern, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich in Textform vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

1. Umfang und Ausführung des Auftrags

- (1) Für den Umfang der vom Steuerberater zu erbringenden Leistungen ist der erteilte Auftrag maßgebend. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Berufsausübung unter Beachtung der einschlägigen berufsrechtlichen Normen und der Berufspflichten (vgl. StBerG, BOSTb) ausgeführt.
- (2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf einer ausdrücklichen Vereinbarung in Textform.
- (3) Ändert sich die Rechtslage nach abschließender Erledigung einer Angelegenheit, so ist der Steuerberater nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf die Änderung oder die sich daraus ergebenden Folgen hinzuweisen.
- (4) Die Prüfung der Richtigkeit, Vollständigkeit und Ordnungsmäßigkeit der dem Steuerberater übergebenen Unterlagen und Zahlen, insbesondere der Buchführung und Bilanz, gehört nur zum Auftrag, wenn dies in Textform vereinbart ist. Der Steuerberater wird die vom Auftraggeber gemachten Angaben, insbesondere Zahlenangaben, als richtig zu Grunde legen. Soweit er offensichtliche Unrichtigkeiten feststellt, ist er verpflichtet, darauf hinzuweisen.
- (5) Der Auftrag stellt keine Vollmacht für die Vertretung vor Behörden, Gerichten und sonstigen Stellen dar. Sie ist gesondert zu erteilen. Ist wegen der Abwesenheit des Auftraggebers eine Abstimmung mit diesem über die Einlegung von Rechtsbehelfen oder Rechtsmitteln nicht möglich, ist der Steuerberater im Zweifel zu fristwahrenden Handlungen berechtigt und verpflichtet.

2. Verschwiegenheitspflicht

- (1) Der Steuerberater ist nach Maßgabe der Gesetze verpflichtet, über alle Tatsachen, die ihm im Zusammenhang mit der Ausführung des Auftrags zur Kenntnis gelangen, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, der Auftraggeber entbindet ihn von dieser Verpflichtung. Die Verschwiegenheitspflicht besteht auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses fort. Die Verschwiegenheitspflicht besteht im gleichen Umfang auch für die Mitarbeiter des Steuerberaters.
- (2) Die Verschwiegenheitspflicht besteht nicht, soweit die Offenlegung zur Wahrung berechtigter Interessen des Steuerberaters erforderlich ist. Der Steuerberater ist auch insoweit von der Verschwiegenheitspflicht entbunden, als er nach den Versicherungsbedingungen seiner Berufshaftpflichtversicherung zur Information und Mitwirkung verpflichtet ist.
- (3) Gesetzliche Auskunfts- und Aussageverweigerungsrechte nach § 102 AO, § 53 StPO und § 383 ZPO bleiben unberührt.
- (4) Der Steuerberater ist von der Verschwiegenheitspflicht entbunden, soweit dies zur Durchführung eines Zertifizierungsaudits in der Kanzlei des Steuerberaters erforderlich ist und die insoweit tätigen Personen ihrerseits über ihre Verschwiegenheitspflicht belehrt worden sind. Der Auftraggeber erklärt sich damit einverstanden, dass durch den Zertifizierer/Auditor Einsicht in seine – vom Steuerberater angelegte und geführte – Handakte genommen wird.

3. Mitwirkung Dritter

Der Steuerberater ist berechtigt, zur Ausführung des Auftrags Mitarbeiter und unter den Voraussetzungen des § 62a StBerG auch externe Dienstleister (insbesondere datenverarbeitende Unternehmen) heranzuziehen. Die Beteiligung fachkundiger Dritter zur Mandatsbearbeitung (z. B. andere Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwälte) bedarf der Einwilligung und des Auftrags des Auftraggebers. Der Steuerberater ist nicht berechtigt und verpflichtet, diese Dritten ohne Auftrag des Auftraggebers hinzuzuziehen.

3a. Elektronische Kommunikation, Datenschutz¹⁾

- (1) Der Steuerberater ist berechtigt, personenbezogene Daten des Auftraggebers im Rahmen der erteilten Aufträge maschinell zu erheben und in einer automatisierten Datei zu verarbeiten oder einem Dienstleistungsrechenzentrum zur weiteren Auftragsdatenverarbeitung zu übertragen.
- (2) Der Steuerberater ist berechtigt, in Erfüllung seiner Pflichten nach der DSGVO und dem Bundesdatenschutzgesetz einen Beauftragten für den Datenschutz zu bestellen. Sofern dieser Beauftragte für den Datenschutz nicht bereits nach Ziff. 2 Abs. 1 Satz 3 der Verschwiegenheitspflicht unterliegt, hat der Steuerberater dafür Sorge zu tragen, dass der Beauftragte für den Datenschutz sich mit Aufnahme seiner Tätigkeit zur Wahrung des Datengeheimnisses verpflichtet.
- (3) Soweit der Auftraggeber mit dem Steuerberater die Kommunikation per Telefaxanschluss oder über eine E-Mail-Adresse wünscht, hat der Auftraggeber sich an den Kosten zur Einrichtung und Aufrechterhaltung des Einsatzes von Signaturverfahren und Verschlüsselungsverfahren des Steuerberaters (bspw. zur Anschaffung und Einrichtung notwendiger Soft- bzw. Hardware) zu beteiligen.

4. Mängelbeseitigung

- (1) Der Auftraggeber hat Anspruch auf Beseitigung etwaiger Mängel. Dem Steuerberater ist Gelegenheit zur Nachbesserung zu geben. Der Auftraggeber hat das Recht – wenn und soweit es sich bei dem Mandat um einen Dienstvertrag i. S. d. §§ 611, 675 BGB handelt –, die Nachbesserung durch den Steuerberater abzulehnen, wenn das Mandat durch den Auftraggeber beendet und der Mangel erst nach wirksamer Beendigung des Mandats festgestellt wird.
- (2) Beseitigt der Steuerberater die geltend gemachten Mängel nicht innerhalb einer angemessenen Frist oder lehnt er die Mängelbeseitigung ab, so kann der Auftraggeber auf Kosten des Steuerberaters die Mängel durch einen anderen Steuerberater beseitigen lassen bzw. nach seiner Wahl Herabsetzung der Vergütung oder Rückgängigmachung des Vertrags verlangen.
- (3) Offenbare Unrichtigkeiten (z. B. Schreibfehler, Rechenfehler) können vom Steuerberater jederzeit, auch Dritten gegenüber, berichtet werden. Sonstige Mängel darf der Steuerberater Dritten gegenüber mit Einwilligung des Auftraggebers berichtigen. Die Einwilligung ist nicht erforderlich, wenn berechnete Interessen des Steuerberaters den Interessen des Auftraggebers vorgehen.

5. Haftung

- (1) Die Haftung des Steuerberaters und seiner Erfüllungsgehilfen für einen Schaden, der aus einer oder – bei einheitlicher Schadensfolge – aus mehreren Pflichtverletzungen anlässlich der Erfüllung eines Auftrags resultiert, wird auf 1.000.000 €²⁾ (in Worten: Eine Million Euro) begrenzt. Die Haftungsbegrenzung bezieht sich allein auf Fahrlässigkeit. Die Haftung für Vorsatz bleibt insoweit unberührt. Von der Haftungsbegrenzung ausgenommen sind Haftungsansprüche für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit. Die Haftungsbegrenzung gilt für die gesamte Tätigkeit des Steuerberaters für den Auftraggeber, also insbesondere auch für eine Ausweitung des Auftragsinhalts, einer erneuten Vereinbarung der Haftungsbegrenzung bedarf es insoweit nicht. Die Haftungsbegrenzung gilt auch bei Bildung einer Sozietät/Partnerschaft und Übernahme des Auftrags durch die Sozietät/Partnerschaft sowie für neu in die Sozietät/Partnerschaft eintretende Sozien/Partner. Die Haftungsbegrenzung gilt ferner auch gegenüber Dritten, soweit diese in den Schutzbereich des Mandatsverhältnisses fallen; § 334 BGB wird insoweit ausdrücklich nicht abbedungen. Einzelvertragliche Haftungsbegrenzungsvereinbarungen gehen dieser Regelung vor, lassen die Wirksamkeit dieser Regelung jedoch – soweit nicht ausdrücklich anders geregelt – unberührt.
- (2) Die Haftungsbegrenzung gilt, wenn entsprechend hoher Versicherungsschutz bestanden hat, rückwirkend von Beginn des Mandatsverhältnisses bzw. dem Zeitpunkt der Höherversicherung an und erstreckt sich, wenn der Auftragsumfang nachträglich geändert oder erweitert wird, auch auf diese Fälle.

- 1) Zur Verarbeitung personenbezogener Daten muss zudem eine Rechtsgrundlage aus Art. 6 DSGVO einschlägig sein. Dieser zählt die Rechtsgrundlagen rechtmäßiger Verarbeitung personenbezogener Daten lediglich auf. Der Steuerberater muss außerdem die Informationspflichten gem. Art. 13 oder 14 DSGVO durch Übermittlung zusätzlicher Informationen erfüllen. Hierzu sind die Hinweise und Erläuterungen im Hinweisblatt zu dem Vordruck Nr. 1005 „Datenschutzinformationen für Mandanten“ und Nr. 1006 „Datenschutzinformation zur Verarbeitung von Beschäftigtendaten“ zu beachten.
- 2) Bitte ggf. Betrag einsetzen. Um von dieser Regelung Gebrauch machen zu können, muss ein Betrag von mindestens 1 Mio. € angegeben werden, und die vertragliche Versicherungssumme muss wenigstens 1 Mio. € für den einzelnen Schadensfall betragen; anderenfalls ist der Absatz 1 zu streichen. Auf die weiterführenden Hinweise im Merkblatt Nr. 1001 wird verwiesen.



6. Pflichten des Auftraggebers; unterlassene Mitwirkung und Annahmeverzug des Auftraggebers

- (1) Der Auftraggeber ist zur Mitwirkung verpflichtet, soweit es zur ordnungsgemäßen Erledigung des Auftrags erforderlich ist. Insbesondere hat er dem Steuerberater unaufgefordert alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen vollständig und so rechtzeitig zu übergeben, dass dem Steuerberater eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht. Entsprechendes gilt für die Unterrichtung über alle Vorgänge und Umstände, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Der Auftraggeber ist verpflichtet, alle schriftlichen und mündlichen Mitteilungen des Steuerberaters zur Kenntnis zu nehmen und bei Zweifelsfragen Rücksprache zu halten.
- (2) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit des Steuerberaters oder seiner Erfüllungsgehilfen beeinträchtigen könnte.
- (3) Der Auftraggeber verpflichtet sich, Arbeitsergebnisse des Steuerberaters nur mit dessen Einwilligung weiterzugeben, soweit sich nicht bereits aus dem Auftragsinhalt die Einwilligung zur Weitergabe an einen bestimmten Dritten ergibt.
- (4) Setzt der Steuerberater beim Auftraggeber in dessen Räumen Datenverarbeitungsprogramme ein, so ist der Auftraggeber verpflichtet, den Hinweisen des Steuerberaters zur Installation und Anwendung der Programme nachzukommen. Des Weiteren ist der Auftraggeber verpflichtet, die Programme nur in dem vom Steuerberater vorgeschriebenen Umfang zu nutzen, und er ist auch nur in dem Umfang zur Nutzung berechtigt. Der Auftraggeber darf die Programme nicht verbreiten. Der Steuerberater bleibt Inhaber der Nutzungsrechte. Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was der Ausübung der Nutzungsrechte an den Programmen durch den Steuerberater entgegensteht.
- (5) Unterlässt der Auftraggeber eine ihm nach Ziff. 6 Abs. 1 bis 4 oder anderweitig obliegende Mitwirkung oder kommt er mit der Annahme der vom Steuerberater angebotenen Leistung in Verzug, so ist der Steuerberater berechtigt, den Vertrag fristlos zu kündigen (vgl. Ziff. 9 Abs. 3). Unberührt bleibt der Anspruch des Steuerberaters auf Ersatz der ihm durch den Verzug oder die unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, und zwar auch dann, wenn der Steuerberater von dem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

7. Urheberrechtsschutz

Die Leistungen des Steuerberaters stellen dessen geistiges Eigentum dar. Sie sind urheberrechtlich geschützt. Eine Weitergabe von Arbeitsergebnissen außerhalb der bestimmungsgemäßen Verwendung ist nur mit vorheriger Zustimmung des Steuerberaters in Textform zulässig.

8. Vergütung, Vorschuss und Aufrechnung

- (1) Die Vergütung (Gebühren und Auslagensatz) des Steuerberaters für seine Berufstätigkeit nach § 33 StBerG bemisst sich nach der Steuerberatervergütungsverordnung (StBVV). Eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung kann in Textform vereinbart werden. Die Vereinbarung einer niedrigeren Vergütung ist nur in außergerichtlichen Angelegenheiten zulässig. Sie muss in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistung, der Verantwortung und dem Haftungsrisiko des Steuerberaters stehen (§ 4 Abs. 3 StBVV).
- (2) Für Tätigkeiten, die in der Vergütungsverordnung keine Regelung erfahren (z. B. § 57 Abs. 3 Nrn. 2 und 3 StBerG), gilt die vereinbarte Vergütung, anderenfalls die für diese Tätigkeit vorgesehene gesetzliche Vergütung, ansonsten die übliche Vergütung (§§ 612 Abs. 2 und 632 Abs. 2 BGB).
- (3) Eine Aufrechnung gegenüber einem Vergütungsanspruch des Steuerberaters ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.
- (4) Für bereits entstandene und voraussichtlich entstehende Gebühren und Auslagen kann der Steuerberater einen Vorschuss fordern. Wird der eingeforderte Vorschuss nicht gezahlt, kann der Steuerberater nach vorheriger Ankündigung seine weitere Tätigkeit für den Auftraggeber einstellen, bis der Vorschuss eingezahlt ist. Der Steuerberater ist verpflichtet, seine Absicht, die Tätigkeit einzustellen, dem Auftraggeber rechtzeitig bekanntzugeben, wenn dem Auftraggeber Nachteile aus einer Einstellung der Tätigkeit erwachsen können.

9. Beendigung des Vertrags

- (1) Der Vertrag endet mit Erfüllung der vereinbarten Leistungen, durch Ablauf der vereinbarten Laufzeit oder durch Kündigung. Der Vertrag endet nicht durch den Tod, durch den Eintritt der Geschäftsunfähigkeit des Auftraggebers oder im Falle einer Gesellschaft durch deren Auflösung.
- (2) Der Vertrag kann – wenn und soweit er einen Dienstvertrag i. S. d. §§ 611, 675 BGB darstellt – von jedem Vertragspartner außerordentlich gekündigt werden, es sei denn, es handelt sich um ein Dienstverhältnis mit festen Bezügen, § 627 Abs. 1 BGB; die Kündigung hat in Textform zu erfolgen. Soweit im Einzelfall hiervon abgewichen werden soll, bedarf es einer Vereinbarung, die zwischen Steuerberater und Auftraggeber auszuhandeln ist.
- (3) Bei Kündigung des Vertrags durch den Steuerberater sind zur Vermeidung von Rechtsnachteilen des Auftraggebers in jedem Fall noch diejenigen Handlungen durch den Steuerberater vorzunehmen, die zumutbar sind und keinen Aufschub dulden (z. B. Fristverlängerungsantrag bei drohendem Fristablauf).
- (4) Der Steuerberater ist verpflichtet, dem Auftraggeber alles, was er zur Ausführung des Auftrags erhält oder erhalten hat und was er aus der Geschäftsbesorgung erlangt, herauszugeben. Außerdem ist der Steuerberater verpflichtet, dem Auftraggeber auf Verlangen über den Stand der Angelegenheit Auskunft zu erteilen und Rechenschaft abzulegen.
- (5) Mit Beendigung des Vertrags hat der Auftraggeber dem Steuerberater die beim Auftraggeber zur Ausführung des Auftrags eingesetzten Datenverarbeitungsprogramme einschließlich angefertigter Kopien sowie sonstige Programmunterlagen unverzüglich herauszugeben bzw. sie von der Festplatte zu löschen.
- (6) Nach Beendigung des Auftragsverhältnisses sind die Unterlagen beim Steuerberater abzuholen.
- (7) Endet der Auftrag vor seiner vollständigen Ausführung, so richtet sich der Vergütungsanspruch des Steuerberaters nach dem Gesetz. Soweit im Einzelfall hiervon abgewichen werden soll, bedarf es einer gesonderten Vereinbarung in Textform.

10. Aufbewahrung, Herausgabe und Zurückbehaltungsrecht in Bezug auf Arbeitsergebnisse und Unterlagen

- (1) Der Steuerberater hat die Handakten für die Dauer von zehn Jahren nach Beendigung des Auftrags aufzubewahren. Diese Verpflichtung erlischt jedoch schon vor Beendigung dieses Zeitraums, wenn der Steuerberater den Auftraggeber aufgefordert hat, die Handakten in Empfang zu nehmen, und der Auftraggeber dieser Aufforderung binnen sechs Monaten, nachdem er sie erhalten hat, nicht nachgekommen ist.
- (2) Handakten i. S. v. Abs. 1 sind nur die Schriftstücke, die der Steuerberater aus Anlass seiner beruflichen Tätigkeit von dem Auftraggeber oder für ihn erhalten hat, nicht aber der Briefwechsel zwischen dem Steuerberater und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die dieser bereits in Urschrift oder Abschrift erhalten hat, sowie für die zu internen Zwecken gefertigten Arbeitspapiere (§ 66 Abs. 3 StBerG).
- (3) Auf Anforderung des Auftraggebers, spätestens aber nach Beendigung des Auftrags, hat der Steuerberater dem Auftraggeber die Handakten innerhalb einer angemessenen Frist herauszugeben. Der Steuerberater kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen und zurückbehalten.
- (4) Der Steuerberater kann die Herausgabe der Handakten verweigern, bis er wegen seiner Gebühren und Auslagen befriedigt ist. Dies gilt nicht, soweit die Vorenthaltung der Handakten und der einzelnen Schriftstücke nach den Umständen unangemessen wäre (§ 66 Abs. 2 Satz 2 StBerG).

11. Sonstiges

Für den Auftrag, seine Ausführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt ausschließlich deutsches Recht. Erfüllungsort ist der Wohnsitz des Auftraggebers, soweit er nicht Kaufmann, juristische Person des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist, ansonsten die berufliche Niederlassung des Steuerberaters. Der Steuerberater ist – nicht – bereit, an einem Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle teilzunehmen (§§ 36, 37 VSBG).³⁾

12. Wirksamkeit bei Teilnichtigkeit

Falls einzelne Bestimmungen dieser Geschäftsbedingungen unwirksam sein oder werden sollten, wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dadurch nicht berührt.

3) Falls die Durchführung von Streitbeilegungsverfahren vor der Verbraucherschlichtungsstelle gewünscht ist, ist das Wort „nicht“ zu streichen. Auf die zuständige Verbraucherschlichtungsstelle ist in diesem Fall unter Angabe von deren Anschrift und Website hinzuweisen.